

Bedeutung der Leipziger Volksbildungsarbeit hier bereits klargelegt und Leben wie pädagogischen Wert solcher Heime ausführlich geschildert<sup>2</sup>. Es bedarf hier nur des Hinweises, daß sich die dort gefundene Form im Rahmen großstädtischer Bildungsarbeit außerordentlich günstig entwickelt hat. Dieser Heimtypus ist von allen Volkshochschulheimen um der größten Lebensnähe willen offenbar der tragfähigste in Zukunft. Er hat in Jena und Saarbrücken und sogar auch in Berlin Fuß gefaßt<sup>3</sup>. Diese Heime können immer nur eine sehr beschränkte Anzahl Schüler (etwa 10 bis 15 im Jahr) aufnehmen. Ein umfassender Erfolg ist ihnen daher besonders sicher, wenn sie, wie in Leipzig, möglichst zahlreich bestehen, so daß die Heimgruppen als solche im Verhältnis zur Masse nicht das Gefühl der Isolierung erfahren.

Symptomatisch für die Bewegung ist, daß das Berliner Heim in Zehlendorf den Namen Jungarbeiterheim führt, und daß das Heim in Leipzig, das jetzt, am 13. Oktober, ein eigenes Haus bezogen hat, Schule der Arbeit heißt. Hier ist die Bezeichnung Volkshochschulheim aufgegeben. Diese Wandlung in der Benennung drückt aus, daß man die Kulturbildung dieser Heime ganz eng an die Produktionsforderung anzuschließen versucht. Gewiß sind diese Bezeichnungen noch nicht endgültig. Sie zeigen aber doch, daß man sich bewußt wird, worauf es in der Heimtätigkeit ankommt, wenn die Benennung auch keineswegs die Totalität dessen faßt, was im Heim erstrebt wird. Der Name Volkshochschulheim befriedigt aber ebenfalls nicht völlig. Denn Volk und Hochschule sind beide in ihrer Existenz vieldeutige Begriffe geworden, weshalb ihre Kombination bei der Fassung eines neuen Begriffs erst recht fragwürdig bleibt. Der neue Symbolbegriff für diese Bewegung muß noch gefunden werden, wenn auch Wesen und Leben in sozialogischer und weltanschaulicher Mannigfaltigkeit geprägt sind.

## ADOLF REICHWEIN · ÜBER DIE SOZIALE SITUATION UND DIE ARBEITERBEWEGUNG NORWEGENS

**R**EIST man heute durch Norwegen, durch dieses gewaltig langgestreckte Land mit seinen 2,8 Millionen Menschen, so bekommt man den Eindruck eines Volkes, das hart um seine Existenz arbeiten muß. Die Kriegskonjunktur ist längst vorüber, der Katzenjammer der Deflationskrise ist geblieben. Die Krise drückt natürlich am härtesten den Bauern, den Industriearbeiter und kleinen Angestellten. Die Folge dieser Depression ist eine Intensivierung und Radikalisierung des politischen Lebens, die nicht nur, wie wir aus Zentral-europa etwa gewöhnt sind, die Stadtbevölkerung ergriffen hat sondern bis in die letzten Bauernhöfe der Täler zu spüren ist. Man begegnet, im Unterschied zu Dänemark, häufig genug größeren Bauern, die sagen, daß sie Arbeiterpartei oder sogar Kommunisten gewählt haben oder wählen werden. Diese politische Wendigkeit ist typisch für den norwegischen Bauern; sie liegt parallel zu seiner starken Aufnahmefähigkeit für alles Technische, für Telephon und Fordcar. Der Norweger ist eine merkwürdige Mischung see-lischer Verslossenheit und intellektuellen Offensinns.

<sup>2</sup>) Siehe *Hermes* Die Leipziger Volksbildungsarbeit in ihrer grundsätzlichen Bedeutung, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 552 und folgende.

<sup>3</sup>) Ein Berliner Jungarbeiterheim wird von Walther Pahl und Margarethe Ueckermann in Zehlendorf geleitet. Ein weiteres Heim wird in Tempelhof demnächst von dem Verfasser dieses Aufsatzes eröffnet.

In Norwegen ist, wie in Dänemark<sup>1</sup>, die Schicht der kleinen Bauern, die in den Tälern ihr einfaches Leben fristen, mit ein wenig Kartoffel- und Roggenfeld, etwas Bergwiese, 10 bis 15 Kühen und 30 oder 40 Schafen, für die politische Entwicklung von besonderer Bedeutung. Die Schicht des eigentlichen, reinen Industrieproletariats ist verhältnismäßig noch dünn. Dagegen wächst immer mehr die Schicht jenes gemischten Typus, der Kleinbauer und Waldarbeiter, Kleinbauer und Fischer, Kleinbauer und Bergarbeiter zugleich ist, wechselnd vom Sommer zum Winter. Die Kleinbauern (Smaabruker) sind in einem allgemeinen Verband organisiert, nach dänischem Muster, aber noch nicht so entwickelt wie in Dänemark; die Anzahl der Organisierten beträgt etwa 10 000. Von jenen ganz kleinen Bauern, die zugleich Fischer, Wald- oder Landarbeiter sind, gibt es heute in Norwegen etwa 100 000, reine Kleinbauern, mit weniger als 2 Hektar, 60 000, Betriebe von 2 bis 10 Hektar rund 40 000 und solche über 10 Hektar um 15 000 bis 20 000. In den meisten Bezirken sollen die Besitzer der Betriebe bis zu einer Größe von 5 Hektar für die Bauernpartei stimmen, die politisch etwa zwischen der Arbeiterpartei und den sogenannten Linken liegt, die Besitzer der kleineren Betriebe vielfach schon direkt für die Arbeiterpartei. Die Linken (Venstre) haben stärkern Rückhalt unter den Bauern der westlichen Küstentäler, im Osten sind sie desorganisiert, gespalten unter Bauern- und Arbeiterpartei.

Zum Verständnis der Radikalisierung unter den Bauern ist die Erkenntnis wichtig, daß die Verschuldung der Landwirtschaft infolge der Deflationskrise seit dem Krieg auf etwa das 3fache gestiegen ist. In einigen Gegenden schlossen sich sogar die Bauern und Arbeiter gegen die Gläubiger zusammen, sie entwickelten, wo sie die Mehrheit hatten, eine lebhafte Propaganda gegen die Zinsverschuldung. Es gibt ganze Gemeinden, die nicht mehr in der Lage sind Zinsen zu zahlen und die unter Staatsaufsicht gestellt sind wie ein geschlossener privater Betrieb. Die Gesamtverschuldung Norwegens ist enorm. Bei 2,8 Millionen Einwohnern beträgt sie gegenwärtig 7 Milliarden Goldkronen innere und 1 Milliarde auswärtige Schuld. Während die Krone 1924 nur auf 50 % des Pariwerts stand, steht sie heute auf 99 %; das heißt, es hat sich automatisch eine Schuldenverdopplung um 3,5 Milliarden vollzogen. Die jährliche Zinssumme der Binnenschuld beträgt allein etwa 350 Millionen Kronen, während die gesamten Löhne der Industriearbeiterschaft 1928 zum Beispiel nur rund 320 Millionen Kronen ausmachen (als Kriterium die Zugehörigkeit zur Unfallversicherung zugrunde gelegt).

Als Abschluß dieser Betrachtung sind ein paar Zahlen recht aufschlußreich. In den Stortingwahlen wurden 1927 in den Stadtbezirken 47,9 % aller Stimmen für die Arbeiterparteien abgegeben (42,6 % Norsk Arbeiderparti, 5,3 % Kommunisten). In den Landbezirken entfielen gleichfalls 37,4 % auf die Arbeiterparteien (34,0 % auf Norsk Arbeiderparti). Und zwar war der Anteil der Arbeiterparteien am stärksten in den Landbezirken des Nordens, in Finnmarken (62 %) und Tromsøe (57,5 %), außerdem in der östlichen Hedmark (54 %); dann erst folgen die ersten Stadtbezirke Buskerud (54,8 %), Ostfold (53,8 %), Nordnorge (51,3 %), Trøndelag (50,4 %), Oslo (49,4 %). In diesen Zahlen, die sich beliebig ergänzen ließen, enthüllt sich noch immer, wie in einer Formel, die soziale Struktur des Landes.

1) Siehe dazu Reichwein Kleinbauern und Arbeiterbewegung in Dänemark, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 774 und folgende.

**S**EIT dem Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts war die Norwegische Sozialdemokratische Partei Vertreterin der gesamten Arbeiterklasse Norwegens. Sie blieb es bis zur Spaltung im Jahr 1921. Dieses Ereignis und seine Konsequenzen sind von so großer Bedeutung für das Verständnis der norwegischen Arbeiterbewegung, daß wir ein wenig dabei verweilen müssen.

Während des Krieges bereits hatte sich eine stärkere bolschewistische Tendenz in der norwegischen Sozialdemokratie ausgeprägt; nach dem Krieg, mit Gründung der sogenannten Kommunistischen Internationale, wuchs dieser Flügel, so daß es 1921 gelegentlich der Annahme der Moskauthesen zur Absplitterung der damaligen Minderheit sozialdemokratischer Observanz kam. Bei den Wahlen von 1921 wurden für die Sozialdemokratie nur 80 000, für die Kommunisten (oder exakter: Norsk Arbeiderparti, Sektion der Kommunistischen Internationale) 260 000 Stimmen abgegeben. Indes, noch im gleichen Jahr kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Norsk Arbeiderparti und der Kommunistischen Internationale um die Frage der Einheitsfront und das organisatorische Verhältnis der Partei zur Internationale. Die Norsk Arbeiderparti trat für eine selbständige norwegische Politik und gegen eine unbedingte Einheitsfront auf. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die ja ihrer Art nach in der Geschichte nicht allein stehen. 1923 folgte der Bruch. Die Norsk Arbeiderparti entschied sich in ihrer Mehrheit für eine Loslösung von Moskau. Die Moskauer Internationale war nicht so klug wie später die Amsterdamer die norwegischen Interessen den Wünschen der Zentrale voranzustellen. Auf dem Parteitag im Herbst 1923 fand ein Beschluß der Moskauer keine Mehrheit. Das Pendel hatte umgeschlagen. Die Folge war Ausschluß der Mehrheit der Norsk Arbeiderparti aus der Kommunistischen Internationale und die Gründung einer kleinen, ökonomisch schwachen Kommunistischen Partei. In den folgenden Jahren hat sich die Norsk Arbeiderparti konsequent mehr und mehr sozialdemokratisch entwickelt, obwohl sie immer noch eine Sonderstellung einnimmt. Sie kann sich schwer von ihrer bolschewistischen Vergangenheit lösen und nimmt Rücksichten auf die in ihren Reihen bemerkbare Opposition, die mit den Bolschewisten sympathisiert. Überhaupt ist die Partei in sich sehr heterogen. Auf der andern Seite ist seit 1927 eine schnelle Konsolidierung zu beobachten. Der Einigungskongreß im Januar 1927 brachte endlich wieder die Verschmelzung der abgesplitterten sozialdemokratischen Fraktion mit der Norsk Arbeiderparti, die organisatorisch, mit Rücksicht auf die besonderen komplizierten norwegischen Verhältnisse, außerhalb beider Internationalen steht.

Friedrich Adler sagte in Oslo, mit Recht, die norwegische Einigung sei wichtiger als der formelle Anschluß an die internationale Organisation. Ein Anschluß der Norsk Arbeiderparti an die Sozialistische Internationale hätte heute wohl noch Absplitterungen nach der bolschewistischen Seite zur Folge.

**E**INGEFÜGT in diese Gesamtsituation kommt der Entstehung und Führung des großen Bauarbeiterstreiks dieses Sommers besondere symptomatische Bedeutung zu. Seine Geschichte ist eigentlich zuletzt in dem Schlichtungsgesetz vom 1. Mai 1927 begründet, das von den Gewerkschaften praktisch nicht anerkannt worden ist. In den nach dem Gesetz bestehenden Schlichtungsaus-

schuß, in dem neben 3 Regierungsvertretern je 1 Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sitzen soll, haben die Gewerkschaften sich bisher andauernd geweigert überhaupt einen Vertreter zu entsenden. Das Schlichtungsgesetz ist seinerzeit mit den Stimmen der Venstre, die im wesentlichen die Kleinbauern repräsentieren, und der (Groß-) Bauernpartei angenommen worden. Die Konservativen wurden nur "bewogen" gleichfalls dafür zu stimmen. Sie hatten früher mit den Arbeitern zusammen, die parlamentarische Mehrheit also, aus grundsätzlichen Bedenken gegen solche gesetzlichen Festlegungen Stellung genommen. Im April 1927 fielen die Konservativen um, weil sie sich gelegentlich eines damaligen Arbeitskonflikts mit den Arbeitgebern identifizierten, und das Gesetz in jener Konfliktsituation eine Aussicht bot die Arbeiteraktion zu drosseln. So wurde es gegen die Stimmen der Arbeiterpartei angenommen, und zwar als Interimgesetz bis zum 1. Mai 1929<sup>2</sup>. Das mit konservativer Hilfe durchgebrachte Gesetz ist in seiner jetzigen Form als ein symptomatisches Zeichen für die Verschärfung der Arbeitskämpfe aufzufassen. Die latente Deflationskrise, die seit Jahren wie ein Alpdruck auf Norwegen lastet, wird nach den Angaben, die mir zugänglich gemacht worden sind, von Arbeitgeberseite offenbar benutzt die Lohnquote stärker zu beschneiden als die Deflationsbewegung allein zu rechtfertigen vermag; auch dies eine Erscheinung, die uns aus früheren Ereignissen wohl bekannt ist. Die am 1. April 1926 getroffene Lohnreglung für die Bauarbeiter Norwegens galt bis zum 1. Januar 1927. Dann erfolgte entsprechend der Senkung des allgemeinen Lebenshaltungsindex eine Kürzung um 6,7 %. Am 1. April 1928 war wiederum eine Lohnreduzierung fällig; sie hätte entsprechend dem Fortschritt der Deflation höchstens 8,1 % betragen dürfen. Aber der Schiedsspruch forderte 12 %<sup>3</sup>. Außerdem war im Spruch eine Änderung der Bemannungsskala vorgesehen; das bedeutete einen Eingriff in die Organisation auf dem Bau. Dazu forderte der Schiedsspruch eine Kürzung der Ferien. Er wurde abgelehnt, und man trat gegen den staatlichen Spruch wie bei jedem privatwirtschaftlichen Kampf in den Streik. Da in dem Gesetz bestimmt ist, daß die Gewerkschaften finanziell haftbar sind, wenn sie die Sabotage von Schiedssprüchen stützen, so erklärte sich die Leitung der Gewerkschaft offiziell gegen diesen Streik, als eine ungesetzliche Maßnahme<sup>4</sup>. Die Arbeiterpresse aber nahm einheitlich für den Streik Stellung, und in allen Versammlungen ergab sich einhellige Streikannahme. Das geschah trotz schärfstem Boykott, der den Streikenden von

2) Von historischem Interesse, auch von politischem im besondern, ist die Tatsache, daß 1920 ein früheres Schiedsgerichtsgesetz mit den Stimmen der Arbeiterpartei, und zwar unterstützt von Bauern und Venstre, angenommen worden ist, weil damals, mehr noch in den Jahren 1922 und 1923, die sogenannten Thiuskeschiedssprüche für die Arbeitersseite günstig waren. So stark verschob sich danach in 4 Jahren die soziale Situation.

3) Nach dem Schiedsspruch sollte zum Beispiel der Stundenlohn für Zimmerleute 1,15 Kronen betragen. Da in Norwegen mit 1600 Arbeitsstunden jährlich gerechnet werden muß, ergäbe das einen Jahreslohn von 1700 Kronen. Und das ist für das norwegische Preisniveau unbedingt zu niedrig.

4) Infolgedessen war eine reguläre Unterstützung des Streiks durch die Gewerkschaften auch nicht möglich. Und Sammlungen für die Streikenden sind gesetzlich verboten. So ergab sich eine recht schwierige Lage. Einige bekannte Arbeiterführer und Parlamentarier, von denen bekannt wurde, daß sie Beiträge in die Streikkasse gegeben hätten, wurden Anfang Juni in der Tat verhaftet. Daraufhin griff man zu einem sehr eigenartigen und drastischen Mittel. 4000 Personen in Oslo zahlten je 1 Krone in die Streikkasse und veröffentlichten ihre Namen gemeinsam in den Zeitungen. Zunächst verurteilte man 5 von ihnen zu je 500 Kronen Geldstrafe oder 18 Tagen Gefängnis; die Betroffenen appellierten an das Höchste Gericht. Aber dann ergab sich, daß man 4000 Menschen um solchen Delikts willen in einer Stadt doch nicht verurteilen könnte. Und so mußte die Strafaktion im Sand verlaufen. Ich hörte Torg, den erst 35jährigen Vorsitzenden der Norwegischen Arbeiterpartei, bei einer öffentlichen Kundgebung für die Streikenden mit bissiger Ironie bemerken: »Wenn man jene 4000 bestrafen wollte, wie das Gesetz es befiehlt, so könnte man die Bauarbeiter mit dem Bau von Gefängnissen beschäftigen.«

allen Seiten angekündigt wurde; man ging so weit von seiten der kommunalen und staatlichen Krankenkassen mit Entziehung der Unterstützung für die Familien der Streikenden zu drohen. Im ganzen genommen erwies sich die Lage der streikenden Arbeiter bald als verhältnismäßig günstig. Der Streik hatte mit der Bausaison begonnen. Und der Schiedsspruch gilt nur für die im Arbeitgeberverein organisierten Unternehmer, bei denen nur die Hälfte aller Bauarbeiter beschäftigt ist. Die kleineren Baubetriebe sind meistens nicht organisiert; sie profitierten also von der heiklen Situation der bestreikten Unternehmer. Das Ergebnis des Streiks war ein Sieg der Bauarbeiter nach Punkten, wenn dieser Ausdruck hier erlaubt ist.

Aus diesem Streik, den ich vor allem in Oslo, Bergen und Trondhjem beobachten konnte, ergab sich für mich das Bild einer wieder verhältnismäßig einheitlich operierenden, schlagkräftigen Gewerkschaftsorganisation. Insbesondere fiel mir auch hier etwas in die Augen, das mir für die skandinavischen Länder geradezu typisch geworden ist: die spontane, lebendige, schnelle Bereitschaft zur Solidarität und eine besonnene Treue im Kampf.

Die norwegischen Gewerkschaften haben in den Jahren 1911 bis 1918 eine Bolschewisierungsbewegung erlebt, die schließlich zu ihrem Austritt aus der Amsterdamer Internationale führte. Die Konsequenz war eine engere Verbindung mit der Moskauer Organisation. Die Führung hat in den Jahren 1924 bis 1927 mehrere Male versucht einen Wiederanschluß an Amsterdam zu erreichen. Aber die Zeit war offenbar dafür noch nicht gekommen. Auf dem Kongreß von 1927 wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, daß man außerhalb beider gewerkschaftlichen Organisationen, der Amsterdamer Internationale und der Moskauer, stehen und für eine gewerkschaftliche Einheitsfront arbeiten wolle. Seit 1927 ist innerhalb der norwegischen Gewerkschaften eine vorsichtige Schwenkung nach Amsterdam festzustellen. Diese Bewegung, sowenig man ihr Tempo und ihre Intensität überschätzen darf, gliedert sich ganz in das Gesamtbild der gegenwärtigen norwegischen Arbeiterbewegung ein. Die schweren Spaltungen der norwegischen Bewegung lassen sich indes nur langsam überwinden. Sie werden es um so eher, je mehr die Gewerkschaften in sich erstarken. 100 000 norwegische Industriearbeiter sind organisiert, 200 000 sind noch zu organisieren.

## MAX KALTHOFF · VOM SEGEN DER KRANKHEIT

**L**EGEN wir vorerst einen Gedanken fest, der als Voraussetzung dieser Abhandlung wesentlich ist: Durch die Welt der Erscheinungen ringt die Weltseele, der Urgeist, die Gottheit nach Erlösung. Denn die Gottheit ist leidvoll, da sie ist. Alles Sein ist Leid. Ohne Leid wäre alles ohne Spannung, kraftlos, und ein Sein ohne Drängen, Ringen, Spannung ist unausdenkbar und unnachfühlbar, ist leeres Nichts. Und unerlöst ist die Gottheit. Denn erlöst sein heißt: nicht mehr sein, heißt ohne Sein sein, ein leeres Nichts, unausdenkbar. Gott aber ist. Alle Wesen in der Welt der Erscheinungen sind Teile der Weltseele, des Urgeistes, sind göttlich. Auch der Mensch ist göttlich. Auch er trägt Gottes Leid. Wenn dieses Menschen Leid schärfer umrissen, wenn es deutlicher mit einigen Worten ausgedrückt werden soll, so nennen wir es: das harte Unbefriedigtsein. Aber Leid schenkt Spannung, und das Furchtbare der Friedlosigkeit gebiert eine Kraft in uns, die uns jetzt erst und dann erst zu Gottes